

MACH ET

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

KREISVERBAND KÖLN



**Wir fordern:
Tempo machen
beim Kohle-
ausstieg!**

**Auf dem Weg zur
„Dritten Option“
Seite 4/5**

**Klima, Hambach,
Kohleausstieg
Seite 6/7**

**Neumitglieder:
Gekommen,
um zu bleiben
Seite 8**

**Die GRÜNEN
in Nordirland
Seite 9**

EDITORIAL

Liebe Freundinnen und Freunde!

Am 1. Dezember 2018 hieß es in der Kölner Innenstadt lautstark „Kohle stoppen“. 20.000 Menschen waren gekommen, um für Klimaschutz und einen schnellen Kohleausstieg zu demonstrieren. Wir waren natürlich dabei – seht die Fotos auf Seite 12, die unser Grafiker Dietmar Putscher für uns gemacht hat (Danke, Dietmar!). Wo wir sonst noch als Grüne aktiv waren schreibt unser Kreisvorstand auf Seite 3, und was wir unseren zahlreichen Neumitgliedern bieten auf Seite 8.

Die Doppelseiten 4/5 und 6/7 behandeln bundespolitische Themen: Sven Lehmann MdB schreibt über die „Dritte Option“ und Oliver Krischer MdB über Klima, Hambach und den Kohleausstieg. Bei „Grüne global/lokal“ (Seite 9) geht es dieses Mal um Irland und auf Seite 10 schreibt wie immer die GRÜNE JUGEND. Auf Seite 11 stellen wir euch den Arbeitskreis Sport und den Arbeitskreis Wirtschaftspolitik vor, alle wichtigen Adressen haben wir auf Seite 15 aufgelistet und Termine auf Seite 16. Und zum Schluss der Hinweis auf unsere Machete, die handelt dieses Mal von Lieschen Müller und ist wie immer wunderbar illustriert von Sabine Voigt (Danke, Sabine!).

Viel Spaß bei der Lektüre, schöne Feiertage und einen guten Jahreswechsel wünschen euch

Christiane, Frank, Judith, Julia und Moritz

Mach-et-Redaktion

IMPRESSUM

Die Mach et ist das offizielle Magazin der Kölner GRÜNEN und wird ehrenamtlich erstellt. Sie erscheint viermal im Jahr. Gedruckt auf Recyclingpapier
Auflage 2100

Versendet mit GOGREEN, dem klimaneutralen Versand der Deutschen Post



Anschrift: Redaktion Mach et, c/o KV-Büro, Ebertplatz 23, 50668 Köln
☎ 0221-9727888

✉ machet@gruenekoeln.de 🌐 www.gruenekoeln.de

V.i.S.d.P.: Jonathan Sieger

Redaktion: Judith Hasselmann, Frank Jablonski, Christiane Martin (CvD), Moritz Rüger, Julia Wöller

Layout: Dietmar Putscher

Titelbild: Dietmar Putscher

Druck: Moosdruck, Leverkusen

Preis: 1 €, Mitglieder kostenlos

Die Artikel spiegeln die Meinung der jeweiligen Autorin bzw. des jeweiligen Autors wider und nicht unbedingt die der Redaktion oder von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, KV Köln. Unverlangt eingesandte Manuskripte nehmen wir gerne entgegen. Haftung wird nicht übernommen. Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Beiträge zu kürzen.

INHALT

KREISVERBAND

Bericht des Kreisvorstands 3

BUND

Weiblich – männlich – divers:
Auf dem Weg zur „Dritten Option“ 4–5

BUND

Klima, Hambach, Kohleausstieg 6–7

KREISVERBAND

Gekommen, um zu bleiben –
Neuanfang und Auftrag 8

GRÜNE GLOBAL/LOKAL

What's the craic, Northern Ireland? 9

GRÜNE JUGEND

Sag mir, wo die Blumen sind ... 10

ARBEITSKREISE

AK Sport „Lust auf Bewegung“ 11

AK Wirtschaftspolitik „Green Economy
oder Post Growth“ 11

KURZ NOTIERT

Nachrichten 12–13

MACHETE

Lieschen Müller ändert die Welt –
und viele andere stehen Schlange 14

SERVICE

Adressen 15

Termine 16

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir werden immer mehr! Inzwischen haben wir mit 1400 Mitgliedern die Tausendermarke längst geknackt und ein Ende ist bisher noch nicht absehbar. Mit dem Interesse an unserem Kreisverband liegen wir voll im Trend – auch auf der Landes- und Bundesebene sieht es ähnlich Grün aus. Ganz zu schweigen von den Wahlumfragen der letzten Zeit.

Neue Mitglieder heißt auch viele neue Aktivitäten. Wir sind nicht nur gefragt, wenn es darum geht unsere Mitgliederbetreuung auf Kreisverbandsebene weiterzuentwickeln, auch viele Ortsverbände und Arbeitskreise sind fleißig dabei, „die Neuen“ willkommen zu heißen. Es gibt unter anderem neuen Schwung für den CSD und den Arbeitskreis Queer, für den Arbeitskreis Frauen und Mädchen sowie Interessierte, die sich näher mit dem Thema Bildung und Schule beschäftigen wollen. Herzlichen Dank dafür!

Nicht nur mit Blick auf unseren Mitgliederzuwachs war es ein mehr als spannendes und ereignisreiches Jahr – mit vielen Höhen, aber auch einigen Tiefen, die wir gemeinsam als Grüne gemeistert haben. Nur ein Teil von unseren Aktivitäten entsprach dem, was wir uns am Anfang des Jahres zur „Jahresplanung 2018+“ überlegt hatten – aber auch das ist eine unserer Stärken: Mit neuen Situationen umzugehen und Themen schnell aufzugreifen!

Hambi bleibt! und Klima-Kohle-Demo

Besonders gefreut hat uns ein wichtiger Etappenerfolg auf dem Weg zu einem endgültigen #HambiBleibt. Wir kämpfen weiterhin dafür, dass der Klimakiller vor unserer Haustür endlich Geschichte wird und haben zum Thema Klimaschutz auf der letzten Kreismitgliederversammlung einen weiteren Antrag verabschiedet (siehe Seite 12/13) und natürlich die große Klima-Kohle-Demo unterstützt, die am 1. Dezember 2018 zeitgleich in Berlin und Köln stattfand.

Daneben haben wir uns dieses Jahr mit der Ost-West-Achse beschäftigt, weiterhin klare Kante gegen Rechtsextreme gezeigt, den CSD und unzählige weitere Veranstaltungen organisiert, Kreisvor-

stands- und andere Wahlen absolviert und, und, und. An dieser Stelle begrüßen wir deshalb auch Eileen Woestmann als neue Beisitzerin im Kreisvorstand. Viel Erfolg mit der neuen Aufgabe!

Neu dabei war auch unser Format des Themenmonats. Wir haben vor dem Hintergrund der Fluchtursachen- und Seenotrettungsdiskussionen einen Blick auf unseren Nachbarkontinent Afrika geworfen. Wir haben gemeinsam diskutiert, uns informiert und besser kennen gelernt. Wir haben Fragen gestellt, von denen viele (noch) nicht beantwortet sind. Wir bleiben dran. Versprochen! An diesem spannenden Experiment haben sich (fast) alle Ebenen der Partei beteiligt und auch das Echo in der Stadtgesellschaft war großartig. Darüber freuen wir uns ganz besonders und auch dafür herzlichen Dank an euch alle!

Das kurze Kleid

Ganz zum Schluss gab es dann auch noch einen kleinen Aufreger um unsere Pressemitteilung „Kurzes Kleid“ (siehe Seite 12/13). Die große Resonanz in der Stadt und darüber hinaus hat uns aber auch gerade im Jubiläumsjahr von 100 Jahre Frauenwahlrecht gezeigt, dass wir Sprache und vorgebliche Konventionen hinterfragen müssen. „Das haben wir schon immer so gemacht“ ist schließlich das schlechteste aller Argumente.

Damit geht dann in Kürze das Jahr zu Ende und wir sagen an dieser Stelle schon einmal ein herzliches Danke für euer Engagement, eure Motivation und eure Zeit für die Kölner GRÜNEN!

Und nächstes Jahr geht es auch gleich spannend weiter. Wir starten zu Beginn des Jahres fast zeitgleich in die Europawahl 2019 und die Kommunalwahl 2020. Für die Europawahl haben wir unsere Wahlkampfstrukturen schon fast eingerichtet und mit Nadine Milde, aktiv im Arbeitskreis Internationales, sogar eine Überraschkandidatin auf unserer Europawahl-Liste. Herzlichen Glückwunsch, Nadine!

Außerdem werden wir Anfang 2019 einen großen Auftaktworkshop zur Ideenfindung für das Kommunalwahlprogramm machen, aus dem dann unser Programm entsteht. Zu klassischen kommunalpolitischen Themen wie zum Beispiel Verkehr, Wohnen, Klimaschutz, Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur oder Bildung hoffen wir auf eure Beteiligung und Beiträge aus unseren zahlreichen Arbeitskreisen. Bringt euch ein und macht mit uns Köln noch Grüner!

Bis dahin wünschen wir euch ein paar ruhige Tage, einen schönen Jahreswechsel und einen guten Start in 2019!

Euer Kreisvorstand

Katja, Frank, Sandra, Bärbel, Eileen, Stefan, Lisa-Marie und Daniel



Der neu gewählte Vorstand der Kölner GRÜNEN: Marc Daniel Heintz, Frank Jablonski, Katja Trompeter und Stefan Wolters (hintere Reihe), Lisa-Marie Friede, Bärbel Hölzing, Sandra Schneeloch und Eileen Woestmann (vordere Reihe; jeweils v.l.n.r.).

Weiblich – männlich – divers: Auf dem Weg zur „Dritten Option“

Hast Du in Deinem Leben schon einmal mit einem ärztlichen Attest nachweisen müssen, wirklich ein Mann oder eine Frau zu sein? Und dazu unter anderem einen Hormonspiegel vorgelegt? Was für eine absurde Frage, magst Du denken. Aber das ist genau das, worüber im Bundestag gerade heftig debattiert wird. In den letzten Monaten haben vor allem die queeren Medien viel über die „Dritte Option“ beim Geschlechtseintrag berichtet. Aber worum geht es da überhaupt, und welche Position vertreten die GRÜNEN in dieser Debatte?

Von Sven Lehmann MdB

Im Juli 2014 hatte Vanja, stellvertretend für viele intersexuelle Menschen in Deutschland, einen Antrag zur Änderung des Eintrages in der eigenen Geburtsurkunde von weiblich in „inter/divers“ beim Standesamt eingereicht. Um endlich für alle Menschen, die sich nicht (ausreichend) mit den Begriffen „männlich“ oder „weiblich“ bezeichnen sehen, eine selbstbestimmte, positive Alternative zu schaffen. Dieser Antrag wurde erwartungsgemäß mit Hinweis auf das geltende Recht abgelehnt. Und damit folgte ein langer steiniger Weg durch alle richterlichen Instanzen, vom Amtsgericht über das Oberlandesgericht und den Bundesgerichtshof. Dieser erklärte, mit der bestehenden Möglichkeit, das Feld Geschlechtseintrag frei zu lassen, sei ausreichend Gleichberechtigung gegeben. Die Schaffung einer weiteren Option zum Geschlechtseintrag entspreche nicht dem Willen des Gesetzgebers und würde das „staatliche Ordnungsinteresse“ in erheblichem Umfang betreffen. Was für eine krasse, herablassende Begründung – als sei es Aufgabe des Staates, zu bestimmen, wie Menschen zu sein haben!

Machtwort des Bundesverfassungsgerichts

Vanja und die Kampagnengruppe haben sich davon nicht entmutigen lassen und reichten im Herbst 2016, unterstützt von vielen Menschen, Verfassungsbe-

schwerde ein. Mehr als ein Jahr später hat das Bundesverfassungsgericht ein Machtwort gesprochen. Es forderte den Gesetzgeber dazu auf, bis Ende dieses Jahres eine Neuregelung des Personenstandsrechts auf den Weg zu bringen, eine dritte Option zum Geschlechtseintrag einzuführen oder gänzlich auf einen Geschlechtseintrag zu verzichten. Denn das bestehende Personenstandsrecht verlange von Menschen ohne eindeutig männliche oder weibliche Zuordnung irregulär, sich entweder dem binären System anzupassen oder sich ohne Geschlechtseintrag als geschlechtslos definieren zu müssen. Damit hat das Bundesverfassungsgericht klar zum Ausdruck gebracht: Die Spezies Mensch besteht aus mehr als Mann und Frau. Die Realität besteht aus geschlechtlicher Vielfalt und jeder Mensch hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit und auf Schutz seiner Würde und Grundrechte. Geschlechtliche Identität ist dabei ein zentraler Aspekt der eigenen Persönlichkeit. Das Urteil rückt damit die Selbstbestimmung als Persönlichkeitsrecht klar in den Vordergrund.

Was hat die Bundesregierung aus diesem Auftrag gemacht? Horst Seehofer legte einen Gesetzentwurf vor und stellte für

den neu geschaffenen Geschlechtseintrag „divers“ die Bedingung, ein ärztliches Attest vorzulegen, das „Varianten der Geschlechtsentwicklung“ belegt. Das bedeutet, dass Menschen ihren Körper, ihre Geschlechtsorgane, ihren Hormonspiegel ärztlich begutachten lassen müssen – bloß, um eine Urkunde zu ändern. Damit werden intersexuelle Menschen pathologisiert und diskriminiert, denn Personen weiblichen oder männlichen Geschlechts müssen keinen medizinischen Beleg für die Eintragung ihres Geschlechts vorlegen. Besonders hart sind intergeschlechtliche Menschen betroffen, die eine männliche oder weibliche Geschlechtsidentität haben und ihre intergeschlechtliche körperliche Konstitution damit zwangsweise offenbaren müssen, um eine Änderung ihres bei Geburt eingetragenen Geschlechts erreichen zu können.

Zwang zur Krankheit

Außerhalb von Seehofers blau-rosa Weltbild können Menschen aber auch unabhängig von ihrem körperlichen Geschlecht eine nicht-binäre Geschlechtsidentität aufweisen. Diese werden ebenso wie transidente und transgeschlechtliche Menschen von dem Gesetz



Vanja und das Team der „3. Option“ feiern ihre Auszeichnung mit der Kompassnadel des Schwulen Netzwerkes NRW.



Sven Lehmann hält die Laudatio zur Verleihung der Kompassnadel des Schwulen Netzwerkes NRW an Vanja und das Team „Dritte Option“.

ausgeschlossen. Dabei bestünde jetzt die große Chance, im Zuge des Urteils auch das entwürdigende und bevormundende Transsexuellengesetz endlich zu überwinden. Genauso wie es das Deutsche Institut für Menschenrechte, Jurist*innen, viele Ärzt*innen und quasi alle Verbände fordern. Denn Transsexuelle und transidente Menschen werden bisher qua Gesetz dazu gezwungen, sich als krank diagnostizieren zu lassen, bloß um über ihr Geschlecht selber zu bestimmen.

Vom Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes, die Selbstbestimmung in einem neuen Gesetz umzusetzen, bleibt damit nichts übrig. Wir sind sicher: Die Welt gerät nicht aus den Fugen, wenn der Gesetzgeber anerkennt, dass Menschen selber über ihren Geschlechtseintrag entscheiden können. Im Gegenteil: Er würde damit den Druck von Eltern nehmen, ihr Kind in ein binäres Schema zu pressen, in das es nicht passt und in dem es nicht glücklich aufwachsen kann. Der Gesetzentwurf sieht bei intergeschlechtlichen Kindern vor, den Geschlechtseintrag offen zu lassen oder das „diverse“ Geschlecht eintragen zu lassen. Das bedeutet für Eltern eine erhebliche Belastung, denn mit diesem „Zwangsoouting“ befürchten sie eine Stigmatisierung ihrer Kinder. Immer noch werden in Deutschland aus diesem Grund an gesunden Säuglingen und Kindern unumkehrbare geschlechtszuweisende Operationen und Hormonbehandlungen vorgenommen.

Wir GRÜNEN haben deshalb gefordert:

1. Der Geschlechtseintrag wird erst ab dem 14. Lebensjahr erfasst und von jeder Person selbst bestimmt. Es gibt dabei folgende Möglichkeiten: „weiblich“, „männlich“, „divers“ oder keine Angabe. Soweit internationale Regelungen für die Kinder und Jugendlichen unter 14 Jahren einen positiven Geschlechtseintrag in Reisepässen fordern, wird er auf Angaben sorgeberechtigter Personen bei Antragstellung beruhen.
2. Im BGB wird klargestellt, dass sorgeberechtigte Personen nicht in einen geschlechtszuweisenden oder -angleichenden medizinischen Eingriff an den Genitalien oder Keimdrüsen einwilligen dürfen, es sei denn, der Eingriff ist zur Abwendung einer lebensbedrohlichen Situation oder der Gefahr einer schwerwiegenden körperlichen Gesundheitsbeeinträchtigung des Kindes zwingend erforderlich.

3. Es wird ein Entschädigungsfonds für die Verletzung körperlicher Unversehrtheit bei transsexuellen und intergeschlechtlichen Personen errichtet.

Gesetzentwurf ändern

Wir GRÜNEN hoffen auf eine konstruktive Arbeit in den Ausschüssen, haben eine Expertenanhörung zum Gesetzentwurf beantragt und werden uns dafür einsetzen, dass der Gesetzentwurf an den entscheidenden Stellen verändert wird. Nach Beschluss des Gesetzes geht die Debatte aber weiter. Wir fordern, das Transsexuellengesetz zu überwinden und ein Gesetz zur Anerkennung der Geschlechtervielfalt und zur Selbstbestimmung. Denn über seinen Körper, seine Sexualität und sein Geschlecht kann nur eine*r bestimmen – und das ist jeder Mensch selber!



Trans*

Mit Trans* bezeichnen sich Menschen, die ein anderes als das ihnen bei der Geburt zugewiesenes Geschlecht haben. Das muss nicht zwangsläufig mit dem Wunsch nach einer geschlechtsangleichenden Operation verbunden sein. Auch die soziale Angleichung in Form von Kleidung und Gesten kann als stimmig erlebt werden. Trans* ist ein weit gefasster Oberbegriff. Das Sternchen hinter Trans* fungiert als Platzhalter für vielfältige Identitäten und Selbstbezeichnungen. So kann der Begriff trans* z. B. zu transsexuell, transident oder transgender vervollständigt werden.

Inter*

Inter* Personen sind Menschen, die Varianten in ihrer Geschlechtsentwicklung aufweisen und sich in Hinblick auf ihr chromosomales, gonadales oder anatomisches Geschlecht nicht in die medizinische Norm männlicher und weiblicher Körper einordnen lassen. In vielen Fällen werden immer noch Operationen an Kleinkindern durchgeführt, um das Ge-

schlecht dieser medizinischen Norm anzupassen. Sowohl solche Operationen als auch die Verabreichung von Hormonen geschehen dann aufgrund des Lebensalters ohne Einwilligung der Betroffenen – ohne dass eine medizinische Notwendigkeit vorliegen würde. Häufig wird der Oberbegriff inter* genutzt. Das Sternchen hinter inter* fungiert als Platzhalter, um alle vielfältigen intergeschlechtlichen Realitäten und Körperlichkeiten mit einzuschließen. So kann der Begriff inter* je nach Selbstbezeichnung z. B. zu intersexuell oder intergeschlechtlich vervollständigt werden.



(Begriffsklärung von www.schlau.nrw, dem Bildungs- und Antidiskriminierungsprojekt zu geschlechtlichen Identitäten und sexuellen Orientierungen)

Klima, Hambach, Kohleausstieg

Der Klimawandel ist nicht nur durch Berichte des Weltklimarates belegt, sondern spätestens seit dem diesjährigen Sommer auch bei uns deutlich spürbar. Doch die Bundesregierung setzt dem nichts entgegen. Dabei ist es längst Zeit, jetzt endlich radikale Umweltpolitik konkret zu machen!

Von **Oliver Krischer** MdB

Der diesjährige Sommer mit bis heute anhaltender Dürre bei uns in Deutschland und Wetterkatastrophen in allen anderen Teilen der Welt bestätigt wieder einmal mehr: Die Klimakrise spitzt sich zu. Kaum eine Region wird noch verschont. Auch wir in Deutschland bekommen einen Vorgeschmack auf das, was uns blüht, wenn wir nicht ganz schnell handeln und den Ausstoß an Klimagasen drastisch reduzieren.

Verheerende Unterschiede zwischen 1,5 und 2 Grad

Das bestätigt auch der kürzlich erschienene Sonderbericht des Weltklimarates (IPCC). Darin wird eines deutlich: Das Risiko und die Anzahl von Extremwetterereignissen steigen selbst bei einer Temperaturerhöhung um nur 2 Grad im Mittel dramatisch. Artenvielfalt, Korallenriffe, die Arktis und der Anstieg des Meeresspiegels – bei einer Erderwärmung unter 1,5 Grad würde sich alles weniger stark verändern als bei einer 2-Grad-Erderwärmung. Diese dramatische Botschaft war bereits die Grundlage der Klimakonferenz 2015 in Paris. Über 190 Regierungen haben sich dort dazu verpflichtet, den Ausstoß klimaschädlicher Gase so zu verringern, dass die weltweite Klimaerwärmung auf unter 2 Grad, besser auf 1,5 Grad, begrenzt wird. Im Klartext heißt das nichts anderes, als dass innerhalb der nächsten 30 Jahre alle heutigen Industrieländer komplett auf CO₂-freie Technologien im Energie-, Verkehrs und Industriesektor umsteigen müssen. Wollen wir unbeherrschbare Folgen der Klimakrise noch verhindern, steht uns also das vielleicht größte Umbauprogramm der weltweiten Wirtschaft bevor. Gelingt das nicht, werden wir statt der 1,5 Grad eine Er-

hitzung um 3 bis 4 Grad bekommen. Das aber wäre eine Erde, die wir unseren Nachkommen nicht überlassen wollen, weil sie in weiten Teilen unbewohnbar würde.

Bundesregierung hält das Paris-Abkommen nicht ein

Deutschland galt lange als Vorreiter im internationalen Klimaschutz. Das ist vorbei. Im weltweiten Vergleich spielt die Klimamusik heute in China, Indien, Nordeuropa und den USA – trotz Trump, denn viele US-Bundesstaaten gehen beim Ausbau erneuerbarer Energien voran. Dagegen kämpft die Bundesregierung an der Seite von Klimabremsern wie Polen in Brüssel gegen ambitionierte Erneuerbaren- und Klimaziele an allen Fronten und einen angemessenen CO₂-Preis. Die Merkel-Regierung sägt den Ast ab, auf dem sie in Paris bei der Verabschiedung des Klimaabkommens gesessen hat. Anstatt zu handeln, dümpelt die Merkel-Regierung seit ihrer Wahl verantwortungslos vor sich hin. Selbst beim entscheidenden Thema Kohleausstieg hat sie lediglich eine Kommission eingesetzt, die seit dem Sommer berät, wie und bis wann Deutschland aus der Kohle aussteigen sollte. Es stand zu befürchten, dass der

Kohleausstieg damit wie so viele andere brennende Themen von der Großen Koalition ausgesessen wird.

Doch dann kam der Hambacher Wald. Der RWE-Konzern beschwor mit Unterstützung der Landesregierung NRW und mit Duldung der Bundesregierung eine unnötige Eskalation des seit Jahren schwelenden Konflikts herauf. Der Jahrhunderte alte Wald sollte der Kohle weichen, und das während in Berlin eine Kommission über den Kohleausstieg verhandelte. Das verstand nun wirklich niemand mehr im Land. Den wachsenden Widerstand beantworten CDU-Ministerpräsident Laschet und sein Innenminister Reul mit dem größten und teuersten Polizeieinsatz in der Geschichte NRW. Wie schon bei der Atomkraft wird in Deutschland wieder einmal Energiepolitik auf dem Rücken Tausender Polizistinnen und Polizisten gemacht, von denen viele selbst am Sinn ihres Tuns zweifeln. Geschichte wiederholt sich, und auch der Einsatz zur Räumung der Baumhäuser im Hambacher Wald wird völlig umsonst gewesen sein.

Hambacher Wald beflügelt Klimaschutz

Denn der Funke des Widerstands gegen die widersprüchliche Kohlepolitik von Bundes- und Landesregierung sprang über auf das ganze Land. Der Hambacher Wald wurde bundesweit zum Symbol für die alte Energiewelt mit ihrer Natur- und Klimazerstörung. Seine Zerstörung machte deutlich, wie weit Reden und Handeln in Deutschland beim Klimaschutz auseinanderfallen. Unglaubliche 50.000 Menschen kamen Anfang Oktober trotz widrigster Anreisebedingungen zur großen Demo am Hambi. In den Wochen vorher waren es immer Tausende bei Sonntagssparziergängen, um gegen diese zukunftsvergessene Politik zu demonstrieren. Dann untersagte das Oberverwaltungsgericht Münster dem RWE-Konzern bis auf Weiteres, den Wald zu roden. Das Gericht sah im Gegensatz zu RWE keine Gefährdung der Stromversorgung, wenn der Wald stehen bleibt – eine Klatsche sondergleichen für NRW-Ministerpräsident Armin Laschet und RWE-Chef Rolf Martin Schmitz.



Foto: Matthias Duschner

Oliver Krischer ist Bundestagsmitglied der GRÜNEN und stellvertretender Fraktionsvorsitzender sowie politischer Koordinator des Arbeitskreises Umwelt & Energie, Verkehr & Bau sowie Ernährung & Landwirtschaft. Er vertritt den Wahlkreis Düren.



50.000 demonstrierten am 6. Oktober 2018 gegen die Abholzung des Hambacher Waldes.

Der friedliche Kampf um den Hambacher Wald hat die Kohledebatte von Grund auf verändert. Die Kohlefreunde stehen jetzt unter Druck. Weite Teile der Gesellschaft erwarten, dass sie ihren Beitrag zum Klimaschutz jetzt erbringen und den Weg aus der Kohle ebnen. Das, und nicht der Einsetzungsbeschluss der Bundesregierung, hat auch die Arbeit der Kohlekommission beflügelt. Jetzt gibt es in der Tat die Chance, den Kohleausstieg konkret und dingfest einzuleiten und zum Beispiel dafür zu sorgen, dass der Hambacher Wald dauerhaft bestehen kann.



Jetzt den Kohleausstieg starten

Wir haben jetzt die realistische Chance, nach Jahren der fruchtlosen Diskussion endlich konkret in den Kohleausstieg einzusteigen. Wir GRÜNE haben dafür schon lange einen Plan: Bis 2020 wollen wir 20 der ältesten und schmutzigsten

Kohlekraftwerke gerade im Rheinischen Braunkohlerevier vor den Toren Kölns unverzüglich vom Netz nehmen. Die restlichen Kohlekraftwerke wollen wir bis 2030 so stilllegen, dass die Vorgaben des Pariser Klimaabkommens eingehalten werden. Es liegt auf der Hand, dass jetzt auch die Tagebauplanung auf völlig neue Beine gestellt werden muss. In Hambach und Garzweiler wird bei einem halbwegs ambitionierten Kohleausstieg höchstens noch ein Drittel der heute zum Abbau genehmigten Kohle benötigt. Das hat eine von der Grünen Bundestagsfraktion in Auftrag gegebene Studie eindrucksvoll belegt. Der Wald könnte erhalten bleiben. Die Landesregierung täte gut daran, jetzt schnell eine neue Leitentscheidung für den Ausstieg aus dem Kohleabbau auf den Weg zu bringen. Umsiedlungen und jahrelange Unsicherheit der betroffenen Menschen würden so verhindert.

Strukturwandel angehen

Der Kohleausstieg ist für Reviere eine Zäsur, aber auch eine Chance. Das aber wird nur verstanden, wenn es Klarheit über die neue Perspektive und konkrete Zusagen über die Unterstützung durch den Bund gibt. Das erwarten die Menschen in den Braunkohleregionen zu Recht.

Der Ausstieg darf nicht zu betriebsbedingten Kündigungen führen. Wie das geht, hat der Ausstieg aus der Steinkohle gezeigt. Ebenso müssen jetzt sehr schnell Förderprogramme zur Unterstützung des Strukturwandels weg von

der Kohle aufgelegt werden und die Flächen der Kohlekonzerne in Fonds überführt werden, auf die die Gemeinden zugreifen können.

Bei einem ambitionierten Ausstieg sollte den Braunkohlerevieren ein Förder volumen von zunächst 1,5 Mrd. Euro bis 2021 und danach mindestens 250 Mio. Euro jährlich bereitgestellt werden, um Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung, kommunale und regionale Infrastruktur und Zivilgesellschaft zu unterstützen. Zudem sollte die Bundesregierung neu einzurichtende Bundes einrichtungen prioritär in den heutigen Braunkohlerevieren ansiedeln und eine entsprechende Planung für die nächsten zehn Jahre erstellen.

Revier zur digitalen Energiewenderegion machen

Über die Strukturfördermittel hinaus müssen auch Infrastrukturprojekte in den betroffenen Regionen vorangebracht werden, etwa bei der Digitalisierung. Wir GRÜNE haben beispielsweise vorgeschlagen, aus dem Rheinischen Revier eine „digitale Energiewenderegion“ zu machen. Auch im Verkehrsbe reich drängen sich einige Projekte auf, etwa der Ausbau der Bahnverbindung nach Belgien oder der Anschluss der von RWE betriebenen Nordsüdbahn und der Hambachbahn als reguläre DB-Strecken für Güter- und Personentransport ans öffentliche Schienennetz.

Kohle hat keine Zukunft. Für einen schnellen Kohleausstieg ist inzwischen eine große Mehrheit der Menschen im Land. Umfragen zeigen, selbst die Mehrheit der Wähler*innen von CDU und SPD wollen das. Es ist höchste Zeit, das jetzt zur Grundlage der Politik zu machen. Alles andere ist Augenwischerei und gaukelt den betroffenen Regionen und den Menschen, die dort von oder mit der Kohle leben, etwas vor. Wir GRÜNE hätten in den Jamaika-Verhandlungen nach der Bundestagswahl mit der Stilllegung der ersten Kraftwerke einen ersten Schritt bereits erfolgreich durchgesetzt – leider flohen Christian Lindner und seine FDP aus der Verantwortung. Doch der Geist konnte nicht wieder in die Flasche zurück. Die Zeit ist reif für den Kohleausstieg und deshalb können wir ihn jetzt zusammen mit all jenen, denen der Klimaschutz am Herzen liegt, auch durchsetzen und gestalten.

Gekommen, um zu bleiben – Neuanfang und Auftrag

In den letzten beiden Jahren hat die Mitgliederzahl der GRÜNEN in Köln um mehr als 40 Prozent zugelegt. Mit mehr als 1400 Mitgliedern ist der Kreisverband Köln größer als einige Grüne Landesverbände. Während andere Parteien teilweise massiv Mitglieder verlieren, hält das Wachstum bei den GRÜNEN in Köln unvermindert an. Was sind die Ursachen dafür und was folgt daraus?

Von **Sandra Schneeloch**
und **Frank Jablonski**

Ein Parteieintritt ist für gewöhnlich keine spontane Entscheidung. Eine Mitgliedschaft in einer Partei ist ein Zeichen einer speziellen politischen Überzeugung. Sie ist Ausdruck einer Haltung und – häufig – mit dem Willen verbunden, aktiv zu werden und die Welt zu verändern. Oder zumindest einige ihrer Probleme zu lösen.

Ein Trend, kein Hype

Bemerkenswert ist, dass der rasante Zuwachs an Mitgliedern seit über zwei Jahren konstant anhält. Das unterscheidet ihn vom Schulz-Hype und dem Lindner-Hype, die beide nur wenige Monate anhielten. Weder Schulz noch Lindner spielen mittlerweile in der politischen Landschaft Deutschlands eine bedeutende Rolle und ihre Parteien, die SPD und FDP, schneiden von Wahl zu Wahl schlechter ab. Bemerkenswert ist auch, dass der Frauenanteil bei den Kölner GRÜNEN mit über 40 Prozent nicht nur über dem Bundesdurchschnitt der GRÜNEN, sondern auch sehr deutlich über dem Schnitt bei allen anderen Parteien liegt. Was wir aber selbstverständlich nur als Ansporn verstehen, unseren Frauenanteil auf mindestens 50 Prozent zu erhöhen.

Auf die Frage nach dem Eintrittsgrund bei uns Kölner GRÜNEN gab es häufig eine von drei Antworten: Donald Trump, die Klimakrise, die AfD. In allen drei Bereichen haben wir GRÜNE eine sehr klare Position und haben im Gegensatz zu

den meisten anderen Parteien Haltung bewiesen. Deutlich wurde dies auch in den Jamaika-Verhandlungen 2017, in denen wir gezeigt haben, dass wir zu teils schmerzhaften Kompromissen bereit sind, aber gleichzeitig unsere Grundwerte nicht aufgeben.

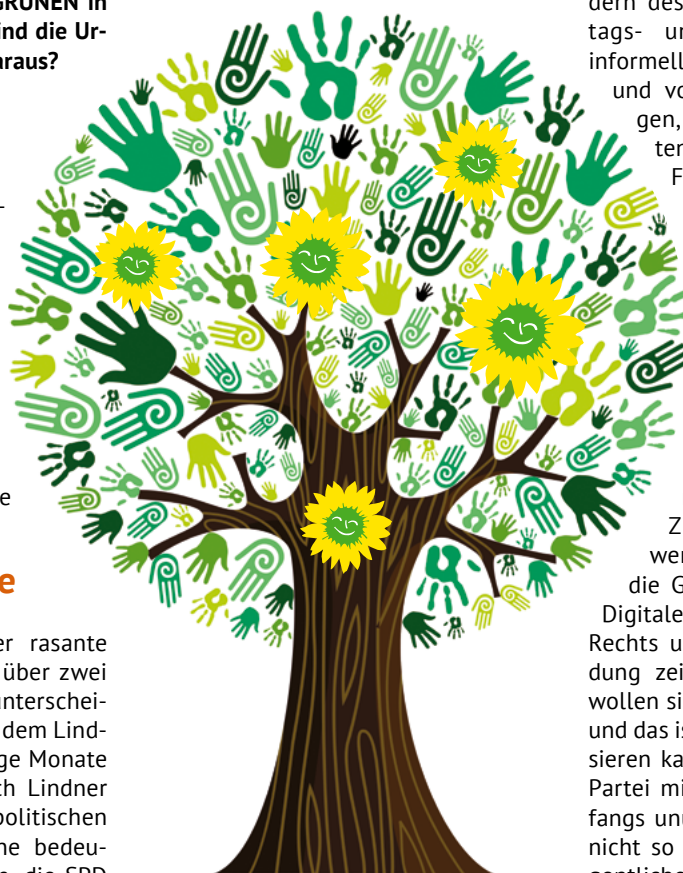


Illustration: Fotolia/cienpiesnif

Organisatorische Herausforderungen

Das rasante Wachstum des Kreisverbandes hat auch den Vorstand und die Kreisgeschäftsstelle ganz besonders gefordert. Zum einen mussten bis zu 40 Neumitglieder pro Woche organisatorisch betreut werden, zum anderen wollten wir als Kreisverband unsere Neuen natürlich auch politisch und persönlich begrüßen. Federführend in dieser Situation war der Ortsverband Innenstadt und namentlich Max Ruta, die sich trotz des großen Aufwands für eine persönliche Ansprache unserer Neu-

en entschieden haben. Dieses Konzept haben wir als Kreisverband übernommen und werden es weiter ausbauen. Dafür haben wir das Format „Neuentreffen“ entwickelt, bei dem Neumitglieder mit Ortsverbandsvorständen, Bezirksbürgermeister*innen, Mitgliedern des Rates der Stadt Köln, Landtags- und Bundestagsabgeordneten informell ins Gespräch kommen können und vor allem von Ihren Erwartungen, Wünschen und Zielen berichten können. Wir werden unsere Formate weiter entwickeln und freuen uns über jede Art von Rückmeldung und Unterstützung.

Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne

Die vielen Neuen haben nicht nur ganz eigene Prioritäten, Ziele und Vorstellungen. Sie werden auch schnell aktiv, wie die Gründungen des Arbeitskreises Digitales, des Arbeitskreises gegen Rechts und der Interessensgruppe Bildung zeigen. Die allermeisten Neuen wollen sich einbringen, sich einmischen und das ist das Beste, was uns allen passieren kann. Manchmal ist das in einer Partei mit ihren gewachsenen und anfangs unübersichtlichen Strukturen gar nicht so einfach. Lasst euch von gelegentlichen Rückschlägen nicht entmutigen! Wir freuen uns auf euer Engagement und unterstützen euch, wo immer wir können!

Die Herausforderung für uns als Partei, für die Fraktionen, für die „alten Hasen“ liegt darin, genau zuzuhören, neue Fragen und Antworten zuzulassen, neue Wege einzuschlagen und gleichzeitig unseren Grünen Wertekompass zu behalten. Wenn wir diese Bereitschaft gemeinsam aufbringen, wird diesem Anfang nicht nur ein Zauber innewohnen, sondern dann werden viele, die gekommen sind, auch bleiben. Und diese Welt ein Stückchen besser machen. Vielen Dank, dass ihr da seid! Wir freuen uns auf euch, euer Engagement und eure Ideen!

What's the craic, Northern Ireland?

Die GRÜNEN in Deutschland, Europa und der Welt sind das Thema unserer Rubrik „GRÜNE global/lokal“. Wir stellen euch an dieser Stelle außergewöhnliche Orts-, Kreis-, Landesverbände, Grüne Parteien und Bewegungen in Europa und der Welt vor: Dieses Mal fragt Moritz Rüger „What's the craic, Northern Ireland? Was gibt's Neues, Nordirland?“. Er sprach mit Clare Bailey, der Vorsitzenden der nordirischen GRÜNEN und eine der beiden GRÜNEN Abgeordneten im Nordirischen Parlament.

Das politische System ist dysfunktional, der Friedensprozess gescheitert. Die Brexit-Verhandlungen sind ungenügend und die soziale Situation dramatisch. Die politische Situation in Nordirland ist auch 20 Jahre nach dem Karfreitagsabkommen verheerend. Aufgrund des religiös-nationalistischen Proporzsystems haben alle im Parlament beteiligten Parteien ab einer gewissen Größe ein Anrecht auf ein Ministeramt. Die beiden großen Parteien DUP (pro-britische Unionisten) und die Sinn Féin (Nationalisten) können so die Bildung einer Regierung verhindern. Seit Januar 2017 hat Nordirland keine Regierung.

Das Nordirische Parlament hat 90 Abgeordnete, die GRÜNEN allerdings nur zwei Sitze. Wie priorisiert Ihr Eure Arbeit und welche Themen beschäftigen Euch zurzeit am meisten?

Als eine jüngere Partei ist es natürlich schwieriger, alle Probleme abzudecken, die für uns wichtig sind. Aber ich denke nicht, dass wir dadurch eingeschränkt sind. Das zentrale Problem ist, dass wir

seit über einem Jahr keine Regierung haben und auch das Parlament zurzeit seine Arbeit eingestellt hat. Ich habe zuvor an dringend benötigten Gesetzesreformen zu häuslicher Gewalt und Abtreibungen gearbeitet. Unsere Priorität muss aber die Bildung einer Regierung sein. Nur so haben wir eine Chance, diese Themen weiter voran zu bringen.



Bei dem Brexit-Referendum stimmten 55,8 Prozent der Nordir*innen für einen Verbleib in der EU. Unter welchen Umständen haltet Ihr ein zweites Referendum für legitim?

Die GRÜNEN unterstützen die Forderung nach einem zweiten Referendum, nicht als eine Wiederholung der ersten Wahl aber als eine Abstimmung über den endgültigen Brexit-Vertrag. Die vollen Auswirkungen des Brexits waren damals vielen nicht klar, also haben sie ein Recht über den finalen Vertrag abzustimmen. Die Möglichkeit, in der EU zu bleiben, sollte dabei eine Option sein. Wir sollten uns nicht in eine Position begeben, in der wir die EU verlassen, egal wie der Deal aussieht oder ob es überhaupt einen Deal gibt. Die Demokratie hat nicht im Juni 2016 aufgehört zu existieren.



Sogenannte „Murals“ an Häuserwänden in Derry bzw. Londonderry. Im Namen spiegelt sich der Konflikt wieder: Die Protestanten nennen die Stadt in Nordirland Londonderry, die Katholiken Derry.

In Deutschland wurde von einem erneuten Aufkommen der Diskussion über eine Vereinigung mit Irland berichtet. Ist das der richtige Moment, um diese Diskussion zu führen?

In dem gegenwärtigen Klima der Unsicherheit und des politischen Vakuums ist es nicht förderlich, die Spannungen durch Forderungen nach der Grenzfrage zu erhöhen. Sinn Féin ist die einzige Partei, die diese Idee aus ideologischen Gründen vorantreibt. Die großen Parteien sind zudem nicht gewillt, die Folgen des jahrzehntelangen Konfliktes substantiell zu bekämpfen. Die Realität ist, dass 20 Jahre nach dem Abschluss des Karfreitagsabkommens inzwischen mehr Menschen durch Selbstmord umgekommen sind als in den 30 Jahren des Konflikts. Psychische Gesundheitsprobleme, häusliche und sexuelle Gewalt, Obdachlosigkeit, Kinderarmut, Finanzierungsengpässe im Gesundheitssystem und Kürzungen bei Sozialdienstleistungen sind die wirklichen Probleme, die Gemeinschaften und Familien erschüttern. In den derzeitigen Regierungsverhandlungen werden diese Dinge gegeneinander ausgespielt. Ohne wirkliche politische Führung und ein Verständnis dafür, was Friedenskonsolidierung tatsächlich ist und sein sollte, sind und bleiben die Folgen für die Menschen unerträglich. Wir hatten einen politischen Prozess, aber keinen Friedensprozess. Die Grenzfrage löst die Probleme nicht, bis Frieden möglich ist.



Blick auf Benone Beach (Nordirland), am Horizont die Republik Irland.

Sag mir, wo die Blumen sind ...

Von Esther Kings

50 Jahre – das klingt alt. So alt in etwa wie Daniel Craig, Bully Herbig, Celine Dion oder Smudo. Außer den Assoziationen mit britischen Geheimagenten, einem in pink gekleideten Winnetou-Verschnitt, Kollisionen von Passagierschiffen mit Eisbergen und der Erkenntnis, dass „die da“ freitags nie kann, sollte jenes Jahr jedoch im Idealfall ganz andere Assoziationen hervorrufen.

Das war damals

1968 – das war Protest gegen Autorität und Hierarchie für Freiheit und eine Vielfalt an Lebensmodellen. In der Bundesrepublik aber noch etwas viel Wichtigeres: Die Auseinandersetzung mit der „unbewältigten Vergangenheit“. Insbesondere die Unzufriedenheit und Verärgerung über die gesellschaftlich verwobenen westdeutschen Eliten, welche voll Mittäter*innen und Mitläufer*innen Adolf Hitlers waren, schafften es, eine Bewegung zu formieren. Eine Bewegung, die jetzt, im Jahr 2018, wichtiger denn je ist. Schon damals war die Intention hinter dem Widerstand nicht die Vergangenheitsbewältigung per se und alleinig. Es war ja schließlich eine weltweite Revolte der Jugend und Student*innen gegen die herrschende Politik, autoritäre Strukturen, militärische Aufrüstung und den Krieg der USA in Vietnam. Was in Deutschland jedoch erschwerend hinzukam, war die Sorge um die demokratische Gegenwart und Zukunft der Bundesrepublik. Denn die jungen Menschen hierzulande hatten noch eine ganz andere Last zu tragen: das nationalsozialistische Erbe ihrer Eltern- und Großelterngeneration. Eine Last, welche meine Generation – zum Glück – nicht mehr in diesem Maße zu tragen hat. Wir müssen nicht mit Bannern, auf welchen „Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren“ geschrieben steht, gegen Obrigkeiten auf-



Fotos: Esther Kings

begehren oder die Transformation einer autoritären zu einer totalitären Universität fürchten. Unsere Lasten sind andere, denen von damals jedoch erschreckend ähnlich.

Das ist heute

In Chemnitz marschieren Tausende Nazis auf offener Straße, zivile Seenotretter*innen werden kriminalisiert, in Berlin und Bonn werden Menschen aufgrund ihrer Religion körperlich angegriffen und in den deutschen Parlamenten sitzen Demokratiefeind*innen. Oder sollte man besser sagen – schon wieder? Welches Jahr haben wir? 1968 oder 2018? 50 Jahre ist es her, dass Rudi Dutschke auf offener Straße mit den Worten „Du dreckiges Kommunistenschwein“ niedergeschossen wurde. Ist es nicht an der Zeit für uns alle, ein bisschen mehr „Kommunistenschwein“ zu werden? Lasst uns aufstehen! Aufstehen in Chemnitz, um gemeinsam bei #wirsindmehr aus vollster Kehle „Schrei nach Liebe“ zu singen. Aufstehen, um bei der Seebrücken-Demo unsere Stimme gegen die europäische Abschottungspolitik und die Kriminalisierung von Seenotrettung zu erheben. Aufstehen, um bei „Kippa Colonia“ und den Stolper-

stein-Reinigungsaktionen Zeichen gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und das Vergessen zu setzen und selbstverständlich das Aufstehen gegen rechte Hetze, Gewalt und Demokratiefeindlichkeit.

Doch was hat das alles mit uns als GRÜNE JUGEND zu tun? Als Jugendorganisation der Partei, die schon als neue „Volkspartei“ gehandelt wird? Kann man da überhaupt ein „Kommunistenschwein“ sein? Ja! Und das ist heute umso wichtiger. So stehen wir als parteinahe Jugendorganisation in Austausch mit vielen anderen linken Jugendverbänden und versuchen, so viele antifaschistische Demos und Veranstaltungen mitzunehmen, wie es uns nur möglich ist. Und warum? Weil es unsere Zukunft ist und mit „Netflix & Chill“ noch keine Revolution begonnen hat.

Hannah Arendt scheint nicht ganz recht damit gehabt zu haben, als sie sagte: „Mir scheint, die Kinder des nächsten Jahrhunderts werden das Jahr 1968 mal so lernen wie wir das Jahr 1848“. Es war nötig und wird immer wieder nötig sein, gegen selbst ernannte Herr*innen der Welt und gegen eine feige Obrigkeit zu rebellieren. 1968 wie 2018. Deren Kampf ist gekämpft, unserer liegt noch vor uns.

Hannah Arendt scheint nicht ganz recht damit gehabt zu haben, als sie sagte: „Mir scheint, die Kinder des nächsten Jahrhunderts werden das Jahr 1968 mal so lernen wie wir das Jahr 1848“. Es war nötig und wird immer wieder nötig sein, gegen selbst ernannte Herr*innen der Welt und gegen eine feige Obrigkeit zu rebellieren. 1968 wie 2018. Deren Kampf ist gekämpft, unserer liegt noch vor uns.

Wir treffen uns jeden
Mittwoch, 19 Uhr,
im Grünen Zentrum
(Ebertplatz 23)
Schau einfach vorbei!
kontakt@gruene-
jugend-Koeln.de
Twitter: @gjkoln

AK **AK Sport**

Lust auf Bewegung

Von Elisabeth Thelen

Der Fraktionsarbeitskreis Sport besteht aus den fünf Mandatsträger*innen im Sportausschuss der Stadt Köln und Interessierten, die punktuell wegen eines aktuellen Themas dazukommen. Wir betreiben alle selbst Sport, sind in Vereinen aktiv und/oder begeisterte Fans. Die Arbeitskreistermine und die Tagesordnungen sind bestimmt von den Sitzungen des Sportausschusses. Standardthemen sind Kunstrasenplatzprogramm, Baumaßnahmen und Pachtverträge von Vereinen.

Wir diskutieren natürlich auch über Lage und Perspektive der großen Profivereine und Sportstätten. Kann und soll das RheinEnergie-Stadion erweitert werden? Wird ein neues drittligataugliches Stadion für Fortuna Köln und Viktoria Köln gebaut? Wird das Radstadion zum

Radsportzentrum NRW? Können die „Junghaie“ ein neues Eissportzentrum bauen? Wie stehen wir zur Olympiabewerbung NRW 2032?

Ein zentrales Thema ist die Erarbeitung der Sportentwicklungsplanung für Köln, die im nächsten Jahr vom Rat beschlossen werden soll. Eine solche transparente längerfristige Planung, die den Bedürfnissen der Sporttreibenden in Köln entspricht, war eine zentrale Forderung von uns. Eine wachsende Stadt braucht neue Schulen und mehr ÖPNV-Kapazitäten. Sie braucht aber auch mehr Sportflächen, Sporthallen und Schwimmbäder und muss Sport- und Bewegungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum bieten. Gefragt sind innovative Konzepte. Und die werden zurzeit im Rahmen der Sportentwicklungsplanung entwickelt. Vorgeschlagen werden fünf Modellprojekte, die auf



Vorbild für Köln: öffentliches Yoga auf einem zentralen Platz in Malaga

Vernetzung setzen und Lust auf Sport und Bewegung machen sollen. Die Bezirksvertretungen sind in die Umsetzung eingebunden. Diese Projekte kritisch zu begleiten und die Finanzierung langfristig sicher zu stellen, damit befasst sich der AK Sport in den nächsten Monaten.

Wer bei uns mitmachen will, ist herzlich willkommen. Kontakt: elisabeth.thelen@stadt-koeln.de

AK **AK Wirtschaftspolitik**

Green Economy oder Post Growth

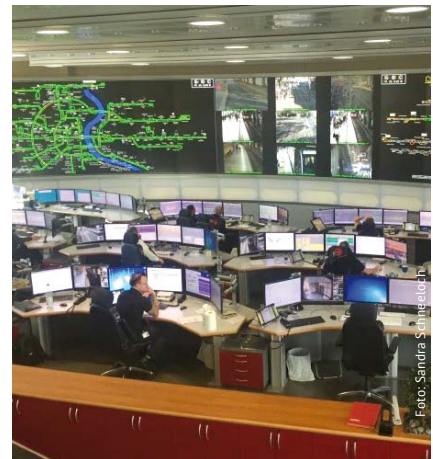
Von Patrick Kopischke

Wirtschaft ist in unserer Gesellschaft allgegenwärtig. Sie schafft Wohlstand, bietet Arbeitsplätze, sichert Steuereinnahmen und vermittelt Identität. Zugleich belastet sie die Umwelt, verbraucht Ressourcen, schafft Abhängigkeiten und führt zu prekären Verhältnissen. Doch muss das so sein oder gibt es Alternativen? Was sind unsere Grünen Wirtschaftsvorstellungen? Wie können wir Wirtschaft ökologisch und sozial gestalten und Wachstum und Ressourcenverbrauch entkoppeln – Stichwort Green Economy? Oder muss es vielmehr darum gehen, sich vom Wachstumsgedanken komplett zu verabschieden – Stichwort „Post Growth“? Wie frei sollte der Markt sein und wo halten wir klare Leitplanken und gesetzliche Rahmenbedingungen für unerlässlich? Solche und

ähnliche Fragen diskutieren wir im Parteiarbeitskreis Wirtschaftspolitik.

Mal ganz konkret, wie im Rahmen unseres aktuellen Schwerpunktthemas zu kommunalen Unternehmen. Mal grundsätzlich, beispielsweise mit Blick auf die Erarbeitung des neuen Grundsatzprogramms unserer Partei auf Bundesebene. In Planung ist auch noch die 2. Ausgabe unseres Wirtschaftsdialogs, eine Veranstaltung zu der wir Kölner Unternehmen einladen, die auf Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit setzen. Wir legen also nicht nur Wert auf eine große Themenvielfalt, sondern auch auf eine ausgewogene Mischung aus Information, Diskussion und inhaltlicher Arbeit.

Wer Lust hat mitzumachen, ist herzlich willkommen! Wir treffen uns in der Regel jeden ersten Dienstag im Monat um



Der AK Wirtschaftspolitik beim Besuch der KVB-Leitstelle im Oktober dieses Jahres

19 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle am Ebertplatz. Wirtschaftsstudium, Promotion oder jahrelange Berufserfahrung sind nicht vonnöten – Interesse an wirtschaftspolitischen Fragen, Spaß an lebhaften Diskussionen und Lust auf aktive Mitarbeit reichen vollkommen aus.

Wir freuen uns auf Euch. Ihr erreicht uns jederzeit über ak-wirtschaft@gruenekoeln.de

Klima-Bündnis wählt neuen Vorstand

Der Grüne Kölner Bürgermeister Andreas Wolter ist im Oktober 2018 einstimmig in Barcelona zum neuen Vorsitzenden des „Klima-Bündnis“ gewählt worden neben der weiter amtierenden Vorsitzenden Tine Heyse, Bürgermeisterin von Gent (Belgien), und Robinson López Descanse von der Coordinadora de las Organizaciones Indígenas de la Cuenca Amazónica, einem der wichtigsten Kooperationspartner des Bündnisses. Dem Klima-Bündnis gehören rund 1730 Städte, Kommunen, Landkreise und Bundesländer aus 26 europäischen Ländern an. „Unsere Kommunen haben eine globale Verantwortung. Gleichwohl fordern unsere Bürger und Bürgerinnen mehr Klimaschutz, eine Energie- und Verkehrswende sowie grüne, lebens-

werte Städte. Dazu gehören insbesondere der Ausstieg aus fossilen Energieträgern und der Schutz der Regenwälder. Diese Aspekte stehen auch im Mittel-

punkt der Arbeit des Klima-Bündnis. Ich freue mich, dieses lebendige und einzigartige Netzwerk mitgestalten zu können!“, erläuterte Andreas Wolter.



Andreas Wolter, Tine Heyse und Robinson Lopéz Descanse (v.l.n.r.).

Unter dem Motto „Tempo machen beim Kohleausstieg!“ nahmen auch viele GRÜNE an der Demo am 1. Dezember 2018 in Köln teil.



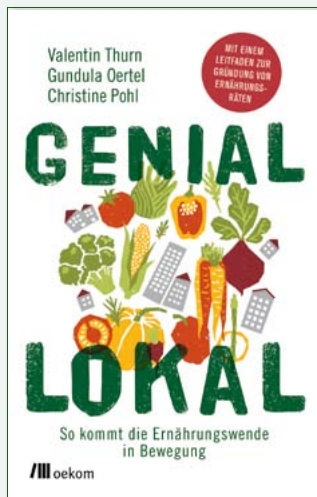
Fotos: Diermar Putscher

BUCH TIPP

„GENIAL LOKAL“

Von Christiane Martin

Billig-Tomaten aus Spanien, Äpfel aus Neuseeland – unsere Lebensmittel haben eine weite Reise hinter sich, ehe sie bei uns landen. Ausbeutung der Beschäftigten vor Ort und Schadstoffe gibt es nicht selten gratis dazu. Unser globalisiertes Ernährungssystem „funktioniert“, doch immer mehr Menschen sind sich der negativen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen bewusst, wollen Veränderungen – und wollen vor allem wieder wissen, woher ihr Essen kommt. Mit ihrem im Oktober 2018 erschienenen Buch „Genial lokal. So kommt die Ernährungswende in Bewegung“ möchten der bekannte Filmemacher Valentin Thurn sowie Gundula Oertel und Christine Pohl den Bürgerinnen und Bürgern die Entscheidungsmöglichkeiten über ihr Essen zurückgeben – und dazu motivieren, die Ernährungswende selbst in die Hand zu



nehmen. Dabei zieht das Autorentrio Bilanz, deckt Schwächen auf und zeigt vor allem wie es – anders – geht. Im Zentrum stehen sogenannte Ernährungsräte, zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse, die sich ausgehend von den USA stark ausbreiten. Was sind und wie funktionieren Ernährungsräte? Wo ist der nächste ansässige, was ist bei der Gründung zu beachten? Das Buch gibt Antworten und präsentiert Tipps: von A wie Arbeitsteilung bis Z wie Ziviler Ungehorsam und zeigt auf, wie lokal agierende Ernährungsräte zu einem politisch wirkungsmächtigen und bestens geeigneten Instrument zur Durchsetzung der Ernährungswende werden.

Valentin Thurn,
Gundula Oertel,
Christine Pohl: Genial lokal.
So kommt die Ernährungswende in Bewegung, ISBN 978-3-96238-055-7,
20 Euro

„Wie kurz hätten Sie es gern?“

Wir feiern in diesem Jahr 100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland – und der nordrhein-westfälische Ministerpräsidenten Armin Laschet forderte anlässlich der Verleihung des Staatspreises im November als Abendgarderobe „dunkler Anzug/kurzes Kleid“. Daraufhin äußerten sich Kirsten Jahn und Lino Hammer, Fraktionsvorsitzende und Fraktionsgeschäftsführer der GRÜNEN im Kölner Rat pikiert: „Herr Laschet, wie kurz hätten Sie es denn gerne? Der Ministerpräsident hat anscheinend immer noch nicht verstanden, dass Frauen selbst entscheiden, welche Abendgarderobe sie bevorzugen – unabhängig von der Länge.“ Auch Frank Jablonski, Vorsitzender der Kölner GRÜNEN kommentierte das: „Es ist natürlich völlig legitim, bei einem solchen Anlass einen Dresscode vorzugeben, aber diese Formulierung stößt bei uns GRÜNEN auf grundlegende Kritik. Wir dachten, dass auch die nordrhein-westfälische CDU nach #metoo und #Aufschrei weiter wäre.“ Und seine Co-Vorsitzende Katja Trompeter ergänzte: „Wir GRÜNEN bemühen uns seit Jahrzehnten um eine echte Gleichstellung von Frauen, Männern und trans*-Personen – so wie unsere Mütter und Großmütter für volle Gleichstellung gekämpft haben. Da schmerzt eine solche Formulierung schon.“

Autonomes Zentrum

Am 26. November 2018 haben die Kölner GRÜNEN auf einer Mitgliederversammlung weitreichende Beschlüsse gefasst, unter anderem zum Erhalt des Autonomen Zentrums (AZ), dessen jetziger Standort an der Luxemburger Straße wegen der Fortführung des inneren Grüngürtels weichen soll. Im Beschlusstext heißt es: „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Köln setzt sich für den Erhalt des AZ – als selbstverwalteten und nicht-kommerziellen Raum zivilgesellschaftlichen Engagements – in Köln ein. [...] Um eine Lösung zu finden, erwarten die GRÜNEN von der Oberbürgermeisterin [...] eine ernsthafte und zügige Recherche möglicher adäquater Alternativs-

tandorte zur dauerhaften Etablierung des AZ. Ziel ist es, in 2019 eine tragfähige Lösung zu realisieren. Klar bleibt jedoch, dass dem AZ Bestandsschutz in

den aktuellen Räumlichkeiten in der Luxemburger Straße 93 gewährt werden muss, bis ein adäquater Alternativstandort gefunden ist.“





Lieschen Müller ändert die Welt – und viele andere stehen Schlange

In so mancher Kreisgeschäftsstelle der GRÜNEN herrscht seit geraumer Zeit Ausnahmezustand. Morgens zwingt sich die Geschäftsführerin an einer Schlange wartender Menschen in ihr Büro. Sie alle wedeln auch schon ungeduldig mit den Mitgliedsanträgen und empfehlen sich für die Mitarbeit in Ortsverbänden. Manche sind so weit gegangen, die Satzung auswendig zu lernen und den Wartenden zu rezitieren. Selbstorganisierte Kleingruppen sitzen auf dem Boden, um Anträge für eine bessere Welt zu schreiben. Übereifrige gründen neue Arbeitskreise, machen Selfies und schicken sie an den großen Vorsitzenden Robert Habeck, als Beweis, dass sie die Pflege ihrer Topfblumen und Haustiere in den letzten Monaten nicht vernachlässigt haben. Auf Bundesebene steigt die Anzahl der Mitglieder erstmals auf über 70.000 und jetzt wollen alle dabei gewesen sein.

Was war passiert? War irgendwo in der Welt ein Atomkraftwerk explodiert? Hatte Cem Özdemir nun doch kriegsführende Völker in fernen Ländern mit dem Ausrollen einer Yogamatte versöhnt? War Annalena Baerbock während des Parteitags in Leipzig gar über Wasser gegangen? Oder hatte Übervater Joscha Fischer angeboten, den Rock'n'Roll als Bundeskanzler wieder krachen zu lassen? Wurde Horst Seehofer so lange von Claudia Roth umarmt, bis er freiwillig sein Amt als Innenminister aufgab und sich fürderhin mit seiner Modelleisenbahn vergnügte? Wurde Armin Laschet verdächtigt, höchstpersönlich die Stickoxidmessungen in Innenstädten mit Aromalampen zu manipulieren, um Fahrverbote zu verhindern?

Die GRÜNEN hätten ja selber gerne eine gute Geschichte wie diese erzählen wollen, aber nicht eine dieser Heldentaten oder Skandale ereignete sich in diesem Sommer. Allein Lieschen Müller machte sich bei 36 Grad im Schatten auf ihrem Balkon so ihre Gedanken. Sie hörte die großen Jungs in Berlin streiten und die einflussreichste Frau der Welt schweigen. Der wiederum einflussreichste Mann der Welt im fernen Washington ging ihr ganz „great again“ auf die Ner-

ven. Dann diese ungehörigen braunen Blubberblasen aus längst vergangenen Zeiten von dieser alternativen Partei für Deppen. Lieschen Müller dachte über das große Ganze nach. Über den Planeten an sich und über Ärgernisse vor ihrer Haustür. Und über die Zusam-

Nachhilfe gab und manchmal auch erklären musste, warum manche Deutsche so gemein waren.

Lieschen Müller dachte sehr lange nach und sie kam zu dem Schluss, dass jetzt „Die da oben“ lange genug oben waren



menhänge. Über Autohersteller, die sich erst absichtlich manipulierte Wagen für teuer Geld abkaufen ließen und dann der Kundschaft noch die Kosten für die Umrüstung abknöpfen wollten, und sie hörte nichts dazu von der großen Koalition der Verhaltensstarre. erinnerte sie irgendwie an Heinz, der sich mit einer Neuen zusammengetan hatte, aber immer noch unglücklich war.

Sie dachte auch an den Wald bei Köln, wo junge Menschen von den Bäumen geholt wurden, weil man die Luft weiter mit dem Schadstoff verpesten wollte, für dessen Reduzierung sie als Diesel-fahrerin demnächst zur Kasse gebeten würde. Diese jungen Leute kämpften doch für ihre Zukunft. Und Wald war doch wichtig für alle. Und sie dachte an den Nachbarsjungen Ahmed, dem sie

und versucht hatten, etwas zu bewegen und dass sie anscheinend Hilfe bräuchten. Hilfe von ihr. Hilfe von Menschen, die eins und eins zusammenzählen können und nicht lange rumlamentieren wollen. Seitdem Heinz weg war, hatte sie eh mehr Zeit. Zum Fahrradfahren, für Waldspaziergänge und vielleicht ging sie ja auch mal zu so einer Demonstration und schaffte sich diese sozialen Netzwerke an. Aber sie war keine Einzelkämpferin. Und dann sah sie in den Nachrichten Bilder von diesem Parteitag und eine junge Frau mit einem Schild. „Ändern wir die Welt, bevor es andere tun“ stand darauf. Genau, dachte Lieschen Müller und stürzte auf die Straße. Es wird gemunkelt, sie habe an diesem Tag ihr erstes Selfie verschickt und einen Arbeitskreis gegründet.

Kreisverband Köln (KV)

✉ Ebertplatz 23 • 50668 Köln
 ⌚ Öffnungszeiten: Mo-Fr 10-16 Uhr
 📧 buero@gruenekoeln.de
 🌐 www.gruenekoeln.de
 Bank für Sozialwirtschaft
 IBAN: DE62370205000008144300

Geschäftsstelle:
 Oona Grünebaum
 📧 oona.gruenebaum@gruenekoeln.de
 ☎ 0221-73298-54

Jonathan Sieger
 📧 jonathan.sieger@gruenekoeln.de
 ☎ 0221-73298-54

Malin Kundi
 📧 malin.kundi@gruenekoeln.de
 ☎ 0221-97278-55

Kreisschiedsgericht:
 Franz Dillmann, Lisa Löffler, Wiltrud Vogt

Ombudspersonen:
 Merit Kummer, Dr. Inge Mirtschink
 📧 ombudspersonen@gruenekoeln.de

Vorstand

E-Mail: *vorname.nachname@gruenekoeln.de*
 Lisa-Marie Friede ☎ 0178-6372145
 Frank Jablonski ☎ 01577-1974129
 Marc-Daniel Heintz
 Bärbel Hölzing ☎ 01577-3896639
 Eileen Woestmann
 Sandra Schneeloch
 Katja Trompeter ☎ 0179-4784667
 Stefan Wolters ☎ 0151-21240860

Ortsverbände (OV)

OV 1: Innenstadt/Deutz
 Derya Karadag, Regina Kaiser
 📧 derya.karadag@gruenekoeln.de

OV 2: Rodenkirchen
 Carolin Ramrath, Robert Schallehn
 📧 ovzwei@gruenekoeln.de

OV 3: Lindenthal
 Lili Zinnecker, Stephan Horn
 📧 ov3@gruenekoeln.de

OV 4: Ehrenfeld
 Syenja May, Hans Müller
 📧 vorstand@gruene-ehrenfeld.de

OV 5: Nippes
 Thomas Eichmüller, Julia Lieb
 📧 nippes@gruenekoeln.de

OV 6: Köln-Nord/Chorweiler
 Inan Metinoglu
 📧 ov6@gruenekoeln.de

OV 7: Porz/Poll
 Thomas Ehses ☎ 0163-1737761
 📧 ov7@gruenekoeln.de

OV 8: Kalk
 Noura El Ousrouti
 📧 kalk@gruenekoeln.de

OV 9: Mülheim
 Roland Schwarz
 📧 ov9@gruenekoeln.de

Bezirksvertretungsfractionen

BV 1: Innenstadt/Deutz
 Antje Kosubek
 📧 Antje.Kosubek@stadt-koeln.de
 Marc Kersten (Geschäftsführer)
 📧 marc.kersten@gruenekoeln.de

BV 2: Rodenkirchen
 Manfred Giesen
 📧 manfred.giesen@stadt-koeln.de

BV 3: Lindenthal/Sülz
 Claudia Pint 📧 bv3@gruenekoeln.de

BV 4: Ehrenfeld
 Christiane Martin 📧 chr_martin@gmx.de

BV 5: Nippes
 Helmut Metten 📧 hmetten@yahoo.de

BV 6: Köln-Nord/Chorweiler
 Wolfgang Kleinjans
 📧 wolfgang.kleinjans@stadt-koeln.de

BV 7: Porz/Poll
 Dieter Redlin 📧 dieter.redlin@stadt-koeln.de

BV 8: Kalk
 Daniel Bauer-Dahm
 📧 daniel.bauer-dahm@stadt-koeln.de

BV 9: Mülheim
 Winfried Seldschopf 📧 winfried@seldschopf.de

Partei Arbeitskreise

Bürger*innen-Stadt
 Djeter Schöffmann ☎ 0176-24992118
 📧 ak-buergerinnen@gruenekoeln.de

Demokratie und Recht
 Marc Kersten, Carolin Ramrath
 📧 ak-demokratie-und-recht@gruenekoeln.de

Digitales
 Stephanie Bethmann, Björn Troll,
 Simon Scheithauer
 📧 ak-digitales@gruenekoeln.de

Frauen- und Mädchenpolitik
 Manuela Grube
 📧 manuela.grube@stadt-Koeln.de

Gegen Rechts
 Silke Braunroth, Annika Fischer, Willi Harz,
 Danny Kröger
 📧 ak-gegenrechts@gruenekoeln.de

Grüne Alte
 Frank Hauser ☎ 0170-3281076
 📧 hauser@hauserfrank.de

Internationales (und Europa)
 Jonathan Sieger, Nadine Milde
 📧 ak-internationales@gruenekoeln.de

Konsum
 Leonie Routil, Sabrina Kuske,
 Roland Schwarz
 📧 ak-konsum@gruenekoeln.de

Migration
 Dr. Massoud Vahedi
 📧 ak-migration@gruenekoeln.de

Mobilität
 Sabine Müller, Deniz Ertin, Manfred Waddey
 📧 ak-mobilitaet@gruenekoeln.de

Ökologie
 Denise Abé, Björn Maßheimer
 📧 ak-oekologie@gruenekoeln.de

Queer
 Elke Hausner, Michael Sterner,
 Alexander von Auw
 📧 ak-queer@gruenekoeln.de

Soziales
 Marc Kersten, Roland Schwarz,
 Eileen Woestmann
 ak-soziales@gruenekoeln.de

Wirtschaft
 Sandra Schneeloch, Philipp Kreuter,
 Patrick Kopischke
 📧 ak-wirtschaft@gruenekoeln.de

GRÜNE JUGEND

✉ Ebertplatz 23 • 50668 Köln
 📧 kontakt@gruene-jugend-koeln.de
 🌐 www.gruene-jugend-koeln.de

Ratsfraktion

✉ Grüne Fraktion • Rathausplatz,
 Spanischer Bau, 50667 Köln
 ⌚ Mo.-Fr. 9-12, Mo., Di., Do. 13-16 Uhr,
 Mi. 13-18 Uhr, ☎ 0221-221-25919
 📧 gruene-fraktion@stadt-koeln.de
 ⌚ jeden Mi. 19.00 Uhr, Spanischer Bau
 („Mittwochskreis“)

Fraktionsarbeitskreise

Anregungen und Beschwerden
 Birgitt Killersreiter
 📧 Birgitt.Killersreiter@stadt-koeln.de

Bauen und Gebäudewirtschaft
 Gerd Brust 📧 g.brust@netcologne.de

Finanzen
 Jörg Frank 📧 joerg.frank@stadt-koeln.de

Frauen- und Mädchenpolitik
 Luisa Schwab 📧 Luisa.Schwab@stadt-koeln.de

Gesundheit
 Ralf Unna 📧 unna@holland-unna.de

Integrationsrat
 Firat Yurtever 📧 fyurtever@gmx.de

Jugendhilfe
 Ulrike Kessing 📧 ulrike@kessing.org

Kunst und Kultur
 Brigitta von Bülow 📧 buelow@netcologne.de

Liegenschaften
 S. Pakulat 📧 sabine.pakulat@gruenekoeln.de

Rechnungsprüfung
 Hans Schwanitz
 📧 hans.schwanitz@gruenekoeln.de

Schule und Bildung
 Horst Thelen 📧 horst.thelen@arcor.de

Soziales
 Marion Heuser 📧 marion@heuser-cologne.de

Sport
 E. Thelen 📧 elisabeth.thelen@stadt-koeln.de

Stadtentwicklung
 Kirsten Jahn 📧 kirstenjahn@gmx.net

Umwelt
 Gerd Brust 📧 g.brust@netcologne.de

Verkehr
 Lino Hammer 📧 lino.hammer@googlemail.com

Verwaltung
 Manfred Richter 📧 mrichter@netcologne.de

Wirtschaft
 Jörg Frank 📧 joerg.frank@stadt-koeln.de

Bürgermeister Andreas Wolter

✉ Historisches Rathaus • 50667 Köln
 ☎ 0221-221-26062
 📧 andreas.wolter@stadt-koeln.de

Bundesverband

✉ Platz vor dem Neuen Tor 1 • 10115 Berlin
 ☎ 030-28 442-0 📠 030-28 442-210
 📧 info@gruene.de www.gruene.de

Bundestagsfraktion

✉ Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
 ☎ 030-227-55518 📠 030-227-56552
 🌐 www.gruene.de

Regional- und Wahlkreisbüros

✉ Ebertplatz 23 • 50668 Köln

Sven Lehmann
 📧 sven.lehmann.wk@bundestag.de
 Frank Jablonski ☎ 0221-20055625

Katharina Dröge
 📧 katharina.droege.ma03@bundestag.de
 Judith Hasselmann ☎ 0221-7220369

Landesverband NRW

✉ Oststraße 41-43 • 40211 Düsseldorf
 ☎ 0211-38666-0 📠 0211-38666-99
 📧 info@gruene-nrw.de 🌐 www.gruene-nrw.de

Landtagsfraktion NRW

✉ Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf
 ☎ 0211-8842860 📠 0211-8842870
 📧 gruene@landtag.nrw.de
 🌐 www.gruene.landtag.nrw.de

Berivan Aymaz
 📧 berivan.aymaz@landtag.nrw.de
 ☎ 0211-884-2424/2579

Arndt Klocke
 📧 arndt.klocke@landtag.nrw.de
 Wahlkreisbüro: Deniz Ertin
 Ebertplatz 23, 50668 Köln ☎ 0221-9727850
 📧 deniz.ertin@gruenekoeln.de

Fraktion im Landschaftsverband Rheinland

Geschäftsführer: Ralf Klemm
 ☎ 0221-8093369 📧 ralf.klemm@lvr.de

Fraktion im Regionalrat Köln

Geschäftsführerin: Antje Schäfer-Hendricks
 ☎ 0221-9912266
 📧 info@gruene-regionalrat-koeln.de

Erläuterungen:
 ⌚ Öffnungszeiten, ⌚ Treffen, ✉ Postanschrift,
 ☎ Telefon, 📠 Fax, 📧 E-Mail, 🌐 Homepage
 In den Schulferien, an Feiertagen und bei beson-
 deren Anlässen können die jeweiligen Treffen
 ausfallen. Deshalb empfiehlt es sich immer, bei
 den Ansprechpersonen nachzufragen.
**Alle Treffen sind grundsätzlich öffentlich, kön-
 nen also von jedem und jeder Interessierten
 besucht werden.**

TERMINKALENDER

Arbeitskreise, Mitgliederversammlungen, Treffs, Veranstaltungen, Wahlen ...

Sa 29.12.	Infostand AK Konsum Breite Straße, 11:00 Uhr	Di 22.01.	AK Soziales Grünes Zentrum, 19:00 Uhr
Mi 02.01.	Aktiventreffen GRÜNE JUGEND Grünes Zentrum, 19:00 Uhr	Mi 23.01.	Aktiventreffen GRÜNE JUGEND Grünes Zentrum, 19:00 Uhr
Mo 07.01.	Offenes Treffen des OV Mülheim Cafe Vreiheit, Wallstraße 91, 18:00 Uhr	Mi 30.01.	Aktiventreffen GRÜNE JUGEND Grünes Zentrum, 19:00 Uhr
Di 08.01.	AK Bürger*innen-Stadt Grünes Zentrum, 19:30 Uhr		AK Grüne Alte Grünes Zentrum, 10:30 Uhr
	AK Konsum Grünes Zentrum, 19:30 Uhr	Do 31.01.	AK-Internationales und Europapolitik Grünes Zentrum, 19:30 Uhr
Do 10.01.	Offenes Treffen des OV Lindenthal Galerie Freiraum, Gottesweg 116a, 20:00 Uhr	Mo 04.02.	Offenes Treffen des OV Mülheim Cafe Vreiheit, Wallstraße 91, 18:00 Uhr
Mo 14.01.	AK-gegen Rechtspopulismus Grünes Zentrum, 19:00 Uhr	Mi 06.02.	Aktiventreffen GRÜNE JUGEND Grünes Zentrum, 19:00 Uhr
Mi 16.01.	Aktiventreffen GRÜNE JUGEND Grünes Zentrum, 19:00 Uhr	Mo 11.02.	AK gegen Rechtspopulismus Grünes Zentrum, 19:00 Uhr
Do, 17.01.	AK Ökologie Grünes Zentrum, 19:30 Uhr	Di 12.02.	AK Bürger*innen-Stadt Grünes Zentrum, 19:30 Uhr
	PEK-Sitzung Grünes Zentrum, 19:00 Uhr		AK Konsum Grünes Zentrum, 19:30 Uhr
Mo 21.01.	AK Digitales Grünes Zentrum, 19:30 Uhr	Mi 13.02.	Aktiventreffen GRÜNE JUGEND Grünes Zentrum, 19:00 Uhr

Alle Termine findet ihr auch auf unserer Website
www.gruenekoeln.de im Terminkalender.